

# Wilsdruffer Tageblatt

Sprechstunde Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erstmalig als Nachdruck der Gesetze und Verfügungen nach dem 1. Juli für den folgenden Tag. Druckerei bei 4.50 M., durch die Post bezogen monatlich 13.50 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Druckarbeiten und Postkosten sowie andere Ausgaben sind durch die Redaktion zu übernehmen. Im Falle höherer Steuern, Abgaben oder sonstiger Veränderungen bei der Redaktion können Kosten auf Lieferung der Zeitung über Rücklagen des Druckereibesitzers.



Interessante 1. M. für die 6. Jahrgangsklasse oder deren Eltern. Preis, 1.50 M. Die Wilsdruffer Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Behörden in Wilsdruff und Umgegend. Die Zeitung ist für die Wilsdruffer Bevölkerung von großem Interesse. Jeder Abonnent erhält die Zeitung gratis, jeder Abnehmer bezahlt den Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Redaktion in Rechnung gestellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandl. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 149

Mittwoch den 29. Juni 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Donnerstag den 30. Juni 1921 abends 7 Uhr öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.

Wilsdruff, am 28. Juni 1921

Der Stadtverordnetenvorsteher.

## Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Reichspräsident Ebert ist von seiner Erholungsreise wieder in Berlin eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen.
- \* Der Reichspräsident Ebert ist von seiner Erholungsreise wieder in Berlin eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen.
- \* Der Reichspräsident Ebert ist von seiner Erholungsreise wieder in Berlin eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen.
- \* Der Reichspräsident Ebert ist von seiner Erholungsreise wieder in Berlin eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen.
- \* Der Reichspräsident Ebert ist von seiner Erholungsreise wieder in Berlin eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen.
- \* Der Reichspräsident Ebert ist von seiner Erholungsreise wieder in Berlin eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen.
- \* Der Reichspräsident Ebert ist von seiner Erholungsreise wieder in Berlin eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen.
- \* Der Reichspräsident Ebert ist von seiner Erholungsreise wieder in Berlin eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen.
- \* Der Reichspräsident Ebert ist von seiner Erholungsreise wieder in Berlin eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen.
- \* Der Reichspräsident Ebert ist von seiner Erholungsreise wieder in Berlin eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen.

### Ein Saarstaat?

Aber den aufstrebenden Ereignissen der letzten Woche, über der Prüfung der oberschlesischen Frage, dem dringenden Reparationsproblem und den innerpolitischen Angelegenheiten ist von der deutschen Öffentlichkeit kaum beachtet worden, daß der Völkerbundrat in Genf vor wenigen Tagen Beschlüsse gefaßt hat, deren Ausführung eine Revision des Versailler Friedensvertrages bedeutet. Der Völkerbundrat hatte sich mit den Beschwerden, die Deutschland gegen die Maßnahmen der im Saargebiet eingesetzten Verwaltungskommission erhoben hat, beschäftigt und hat dabei Gelegenheit genommen, ganz neue Gesichtspunkte in die Saarfrage hineinzubringen. Er hatte den Präsidenten der Saarregierung, Herrn Raoul, zur Vespredung der Fragen nach Genf berufen und hat dann im besten Einvernehmen mit diesem Herrn die deutschen Beschwerden zurückgewiesen. Beachtenswert erscheint es, die „Gründe“ zu betrachten, unter denen diese Zurückweisung vorgenommen wurde, und die ein so klares Licht über die „Unparteilichkeit“ des Völkerbundeswerkes werfen, daß es deutscherseits kaum bestritten werden kann.

Die von der Saarverwaltung zwangsweise verhängte Einführung der Frankenswährung wurde, obgleich der Friedensvertrag vorschreibt, daß sie nur in Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerung vorgenommen werden dürfe, damit gerechtfertigt, daß die Aufstellung von zwei Geld, den einen in Frank, den anderen in Mark, als zwei Arbeiten notwendig mache. Als hätte Deutschland bei der Durchführung des Versailler Vertrages keine Arbeit aufnehmen müssen, und als gäbe ihm die Übernahme dieser Arbeit nicht ein Recht zu verlangen, daß auch der Vertragsgegner seine Verpflichtungen erfülle! Dann wurde, trotzdem der Friedensvertrag bestimmt, daß nur eine örtliche Gendarmerie, gebildet aus Saarbewohnern, im Saargebiet bestehen dürfe, das Vorhandensein einiger Tausend Franzosen neben dieser Gendarmerie damit gerechtfertigt, daß die guten Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten in den Saarbergwerken die Bevölkerung verbindeten, sich in ausreichendem Umfange für die Polizeigruppe zur Verfügung zu stellen! Und die deutschen Belangen über das Verhalten der französischen Soldaten gegen die deutschen Bewohner des Saargebietes lehnte man gar mit der Begründung ab, daß französische Gerichte habe nur in einem einzigen Falle gegen das Verhalten eines französischen Soldaten einzugreifen brauchen. Auf den Gedanken, daß hieraus Schlüsse auf die Art und Weise der „Objektivität“ des Gerichts eher als auf das gute Verhalten der französischen Truppen zu ziehen seien, kam man in Genf natürlich nicht.

Aber schließlich wurde noch eine Entscheidung getroffen, die die anderen durch ihre Bedeutung wie durch die Tragfähigkeit, mit der sich der Völkerbundrat zugunsten der französischen Besatzungsmacht des Saargebietes über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinwegsetzt, in den Schatten stellt. Im Friedensvertrag nämlich ist vorgesehen, daß nach 15jähriger Besatzung die Saarbewohner selbst durch Volksabstimmung darüber entscheiden, ob sie ihr Land aus dem Rahmen des Reiches herauslösen oder darin belassen wollen. Bis dahin sollte eine als neutral gedachte Verwaltungsbehörde die Angelegenheiten des Gebietes erledigen, das solange natürlich noch zum Reiches gehört, denn von der Errichtung eines selbständigen Saarstaates ist im Friedensvertrage keine Rede. Ihn zu befehlen hat sich der Völkerbundrat in Genf vorbehalten. Er hat ein „Saarbürgerrecht“ zusammengeknüpft, nach dem als Saarbürger zu gelten haben alle, deren Eltern oder die selbst im Saargebiet geboren wurden, alle, die ihren Wohnsitz am 11. November 1918 im Saarland hatten, und schließlich alle, die drei Jahre lang im Saarland

wohnen. Damit ist eine Verschärfung des Versailler Friedensvertrages eingetreten, auf Beschluß einer Institution eingetreten, die Wert darauf legt, sich als objektiv oder neutral zu bezeichnen. Denn, wenn es „Saarbürger“ gibt, so muß es natürlich auch einen Staat geben, dem diese Bürger angehören, einen Saarstaat. Seine Errichtung ist ein offener Verstoß gegen die klaren Bestimmungen des Friedensvertrages und die deutsche Regierung dürfte deshalb, sobald ihr amtlich die Genfer Beschlüsse mitgeteilt sind, Anlaß nehmen, ihren Einspruch zu erheben. Welchen Erfolg er aber bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands haben wird, darüber darf man sich nach den geschilderten Proben von der Urteilsfähigkeit des Völkerbundesrates keinen Zweifel hingeben.

### Lloyd George und de Valera.

Neueste Entwicklung der irischen Frage.

Ein auffallender Schritt Lloyd Georges wird aus London gemeldet. Er hat an den Präsidenten der irischen Republik de Valera ein Schreiben gerichtet, in dem de Valera und seine Parteigenossen unter Gewährung freier Geleites eingeladen werden, nach London zu kommen, um dort mit dem Premierminister von Nordirland, Sir James Craig, jede Möglichkeit einer Lösung der irischen Frage zu prüfen. Das Schreiben sagt hinzu, die britische Regierung sei von dem heißen Wunsche befehle, den verderblichen Streit zu beenden, der jahrhundertlang die Beziehungen zwischen den beiden Ländern England und Irland verbittert, die in nachbarlicher Harmonie leben sollten, und deren Zusammenarbeiten so bedeutungsvoll sein würde nicht nur für das britische Reich, sondern auch für die gesamte Menschheit.

In irischen Kreisen ist man keineswegs entsetzt über diesen Erensenang; man meint, die jahrhundertlange Verbitterung, von der Lloyd George so rührend berichtet, sei Schuld Englands, und man glaubt nicht, daß England sich jetzt ändern werde, nachdem es das 500 Jahre lang nicht getan habe. Zum mindesten erwartet man, daß Präsident de Valera über Lloyd Georges Friedensangebot keine Entscheidung fällen wird, bevor er mit den Sinnfeinvertretern die Sachlage beraten hat und zu einem gemeinsamen Beschluß gekommen ist. Die Stimmung in Sinnfeinereisen scheint durchaus nicht überwiegend günstig für den Vorschlag zu sein. Es soll jetzt das südirische Parlament zusammengetreten, aber von den 28 Mitgliedern werden wohl nur vier zugegen sein. Die übrigen befinden sich im Gefängnis oder auf der Flucht. Eine Massenversammlung von Sinnfeinern fand in London auf dem Trafalgar Square statt. Es wurde gegen die irische Politik der englischen Regierung heftig protestiert und Lloyd Georges Brief wurde als ein Verstoß bezeichnet, die schlagelagene Politik der starken Faust vor den Augen der zivilisierten Welt reinzuwaschen, bevor im Juli das langbesohlene militärische Eintrab beginne. In einem Telegramm aus Dublin weist der „Daily Herald“ darauf hin, daß de Valera keineswegs den Vorschlag zu einer gemeinsamen Konferenz annehmen könne. Er würde, wenn er sich mit Sir James Craig an den Beratungen beteilige, dessen Autorität als Präsident von Nordirland anerkennen. In Wirklichkeit hat de Valera bei der letzten Wahl 77 Prozent aller Stimmen auf sich als republikanischer Führer vereinigt, während 80 Prozent aller Stimmen gegen eine Teilung des Landes in Nord- und Süd-Irland waren.

Den Teilnehmern an der irischen Konferenz, zu der Lloyd George geladen hat, wird freies Geleit zugesichert. Es heißt, daß General Smuts nicht ruhte, bis diese Einladung erging. Denn was nach Ablehnung dieser Einladung erfolgen wird, wird nicht viel weniger als ein irischer Massenmord sein. 200.000 Mann englischer Soldaten stehen in Irland bereit, die letzten Klammern des irischen Nationalbewußtseins unter ihre Stiefel zu treten. Sie werden das um so lieber tun, wenn Irland die großmütige angebotene Hand der Verböhnung zurückgestoßen hat. Damit ist nämlich dann der Völkermord vor dem Tribunal des Völkerbundes usw. gerechtfertigt.

### China meldet sich.

Gegen das englisch-japanische Bündnis.

Auf einem Bankett des Verbandes der Bankiers von New York griff der chinesische Gesandte in den Vereinigten Staaten den englisch-japanischen Bündnisvertrag heftig an. Der Gesandte nannte diesen Vertrag eine Kriegsmaschine, die den Zweck verfolge, die Interessen Groß-

britanniens und Japans im fernem Osten zu schützen. Das chinesische Volk habe guten Grund, sich der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses zu widersetzen. Es betrachte die Lage als unerträglich. Wenn die Chinesen und die Vereinigten Staaten nicht an diesem Abkommen beteiligt würden, dann könnte der Friede im fernem Osten nicht gesichert werden.

### Rückzug der polnischen Aufständischen.

Auch die Deutschen gehen zurück.

Aus Ratibor wird gemeldet: Im südöstlichen Bezirk rücken die Insurgenten ab; der Abbau der Insurgentenfront und die Aufhebung der einzelnen Ortsquartiere wird allmählich durchgeführt. Der Bahnverkehr von Ratibor nach Krasnoj wird bis nach Birawa durchgeführt. Die Verbindung nach Krasnoj wird durch einen östlich des Tages bis Krasnoj verkehrenden Lokomotiv aufrechterhalten; ab Krasnoj legt ein fahrplanmäßiger Personenverkehr nach dem Industriegebiet ein.

Der Rückzug des deutschen Selbstschutzes aus der ersten Deimaterappe geht bisher ohne Störung vor sich. Bereinzelt haben jüngere Offiziere versucht, sich dem Rückzugsbefehl des Generals Hofer entgegenzusetzen, sobald aber die älteren Offiziere in solchen Fällen eingegriffen haben, sind die begrifflichen Stimmungswiderstände rasch beseitigt worden. Es ist anzunehmen, daß zur vorgeschriebenen Zeit die erste Linie des Bekämpfungspolans von allen deutschen Kräften erreicht sein wird.

### Postverkehr erweitert.

Infolge Freiwerdens einiger Orte des oberschlesischen Aufstandsgebietes sind Postverbindungen aller Art nach Osten an den Eisenbahnstrecken Oppeln-Krasnoj, Oppeln-Groß-Strehlitz, Oppeln-Bossowa und Kreuzburg-Josenberg wieder unbeschränkt zugelassen. Dagegen hat die Interalliierte Kommission die Versendung von deutschen Zeitungen in das Aufstandsgebiet verboten. Durch die Post bezogene deutsche Zeitungen und Zeitungen unter Kreuzband können deshalb nach dem noch verbleibenden Aufstandsgebiet nicht befördert werden. Polnische Heftblätter sind natürlich zugelassen. Sobald weitere Orte von den Anführern frei werden, werden die Postanstalten wegen Weiterversorgung der deutschen Zeitungen, das Ersfordernische veranlassen.

Der vom „Tag“ dieser Tage verbreitete angebliche Geheimbericht Le Ronds wird sowohl von Le Rond selbst wie von der zuständigen französischen Stelle in Berlin (General Koller) als Erfindung hingestellt.

### Nach der Explosion von Rybnik.

Die Aufklärungsarbeiten führten zur Freimachung mehrerer Seile des Rangierbahnhofs Rybnik für den Güterverkehr. Der Schaden wird auf 35 Millionen Mark geschätzt. Der an der katholischen Kirche gerichtete Schaden soll 4 Millionen betragen. Von glaubwürdiger Seite verlautet, der Kreisinspektor sei gegen die „Repressalien“ der Polen eingestritten und habe die polnischen Verfügungen für ungültig erklärt; daraufhin wurden die Verhafteten auf freien Fuß gesetzt; auch die verhafteten Eisenbahner wurden freigelassen. Seit dem Einschreiten des Kreisinspektors sind die Insurgenten abgerückt und durch Franzosen ersetzt.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

### Die Auflösung des Selbstschutzes.

Die formellen Bekanntmachungen der Reichsregierung über die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern, der Orts- und Grenzwehren in Ostpreußen und der Organisation Eisernich betonen, daß die im Ultimatum für die Auflösung gestellte Frist am 30. Juni abläuft. Die Eintragung im Register ist von Amts wegen zu löschen. Die Beteiligung an den aufgelösten Organisationen ist strafbar. Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Gefängnis bis zu 50.000 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer bestraft. Die Kosten der Rheinbesatzung.

Gegenwärtig werden von Sachverständigen der verbündeten Regierungen die Kosten der Besatzungsmächte im Rheinlande geprüft. Die Angelegenheit soll demnächst in London bei der Zusammenkunft der allierten Finanzminister geregelt werden. Zu belagen soll man der Ansicht sein, namentlich die Unterhaltungskosten für die englischen Soldaten seien zu hoch und müßten herabgesetzt werden. — Der amerikanische Staatssekretär für Kriegsangelegenheiten, John Weeks, kündigte offiziell an, daß die amerikanische Rheinarmee am 1. Oktober von 12.000